

zur aktuellen Diskussion

Aktuelle Positionen zur Drogenpolitik

I. Grundsatz:

Die Republikaner haben seit ihrer Gründung vor zwanzig Jahren stets eine klare und unmißverständliche Position zur Drogenpolitik vertreten. Kernaussage dieser Position ist:

Ziel jeder Drogenpolitik muß die Abstinenz, also die Freiheit von Drogen und anderen abhängigkeitsfördernden Substanzen sein.

Es geht nicht um die Freiheit zur Droge (wie bei den Grünen), sondern um die Bewahrung der Selbstbestimmung des Einzelnen, unabhängig und frei von Suchtstoffen sein Leben gestalten zu können.

Deshalb müssen alle Maßnahmen in der Drogenpolitik abstinenzorientiert sein. Die Republikaner wenden sich aus demselben Grund entschieden gegen jede Form der Bagatellisierung oder Verharmlosung sog. „weicher Drogen“, die entweder den Einstieg in eine „Drogenkarriere“ darstellen oder aber erhebliche Gesundheitsschädigungen nach sich ziehen. Die Republikaner lehnen daher die Einrichtung von sog. Fixerstuben oder eine Freigabe von Cannabis nach holländischen Vorbild strikt ab.

II. Maßnahmen:

Angesichts der steigenden Gefährdung, der Kinder und Jugendliche hinsichtlich eines Drogenkonsums ausgesetzt sind, muß vor allem die Prävention mit Gesundheitserziehung in den Familien und den Schulen ausgebaut werden.

Daneben muß aber auch die strafrechtliche Verfolgung der Drogenkriminalität verschärft werden. Dabei geht es weniger um den Besitz von Kleinmengen zum Eigenverbrauch als vielmehr um die konsequente Bekämpfung der Organisierten Kriminalität (OK), die ihre größten Gewinne heute im Drogenhandel erzielt. Hier bedarf es nicht nur einer intensiven internationalen Zusammenarbeit, sondern vor allem auch einer Stärkung der nationalen Polizei beim Personal und den Einsatzmitteln.

Schließlich muß im Bereich der Justiz das Strafmaß für Drogenhandel erhöht werden. Die Republikaner fordern daher die lebenslange Freiheitsstrafe für Großdealer und die vollständige Abschöpfung der Drogengewinne.

Bei der Therapie der Drogenabhängigen ist neben der Entgiftung und Entzugsbehandlung auch die Arbeitstherapie nach skandinavischem Vorbild in Betracht zu ziehen.

III. Suchtprophylaxe:

Zur Suchtprophylaxe trägt in erster Linie die Erziehung in der Familie und in den Bildungseinrichtungen bei. Nikotin- und Alkoholgenuß der Eltern sind stets ein schlechtes Vorbild. Alcopops und andere Angebote, die als Einstieg für den Alkoholmißbrauch dienen, gehören verboten. Der Verkauf von Alkohol an Kinder und Jugendliche muß konsequent unterbunden werden. Vor den gesundheitsschädlichen Folgen des Nikotingenusses muß konsequent aufgeklärt werden. Eine eklatante Erhöhung der Tabaksteuer und möglichst weitreichendes Rauchverbot in der Öffentlichkeit würden zur Eindämmung des Nikotingenusses beitragen.

Eine zentrale Bedeutung kommt inzwischen der Aufklärung vor den Folgen des Cannabis-Genusses zu. Die gesundheitsschädlichen Wirkungen des THC-Genusses sind inzwischen wissenschaftlich erwiesen. Die zunehmende Zahl von Verkehrstoten infolge von Cannabis-Genuß am Steuer ist alarmierend. Und die Zahl von Jugendlichen, die aufgrund ständigen Cannabis-Genusses an einem amotivationalen Syndrom (AMS) leiden, steigt. Die Folgen eines solchen AMS sind für die Betroffenen oft katastrophal: Leistungsunfähigkeit, Gleichgültigkeit, Arbeitsplatzverlust, Verelendung und irgendwann der Übergang zu sog. harten Drogen.

Wichtig ist auch die Warnung vor der Einnahme von sog. Designer-Drogen (DMNA), die insbesondere in der Techno-Szene als Aufputzmittel sehr beliebt sind. Ecstasy führt ebenfalls zu schweren Gesundheitsschäden und dürfte zudem für etliche Verkehrsunfälle verantwortlich zu machen sein.

IV. Therapie.

In der Therapie ist auf die bewährten Verfahren zu setzen. Entgiftung und Entzug sind heute aus medizinischer Sicht problemlos durchzuführen. Auch die positiven Erfahrungen mit einer Arbeitstherapie sollten in größerem Umfang genützt werden.

Substitutionsprogramme stellen dagegen keinen therapeutischen Ausweg dar. Von sehr wenigen Ausnahmen abgesehen, führt die Abgabe bzw. Einnahme von Methadon nicht zur Abstinenz, sondern nur zur Auswechslung von Heroin durch einen Ersatzstoff, ohne daß der in der Regel polytoxikomanische Abhängige seinen Beikonsum aufgibt. Alle Methadonprogramme sind daher am Maßstab der Abstinenzorientierung gescheitert. Die Republikaner treten dafür ein, die BUB-Richtlinien zu verschärfen und den Teilnehmerkreis an der Substitution unter Ausschluß jeglichen Beikonsums und einer zeitlichen Befristung mit dem Nachweis einer Abstinenz drastisch einzugrenzen.

Die Republikaner sind entschieden gegen den Einsatz von Heroin in der Substitution, da es hierfür keinerlei medizinische Indikation gibt.

V. Repression:

Eine abschreckende Wirkung können strafrechtliche Sanktionen nur dann entfalten, wenn drakonische Strafen konsequent verhängt werden. Die OK muß wie terroristische Vereinigungen bekämpft werden. Rauschgiftgroßhändler müssen grundsätzlich mit einer lebenslangen Haftstrafe bestraft werden. Ausländer, denen der Besitz von Drogen nachgewiesen wird, müssen sofort ausgewiesen und abgeschoben werden, wobei eine lebenslange Einreisesperre verhängt werden muß. Die Drogengewinne müssen konsequent eingezogen und zur Bekämpfung der Drogenkriminalität verwendet werden.

VI. Zusammenfassung:

Drogenabhängigkeit ist immer eine persönliche und familiäre Katastrophe. Darüber hinaus führt der Drogenkonsum aber auch zu schweren volkswirtschaftlichen Schäden. Deshalb liegt es im Interesse aller, eine Abstinenzorientierung im gesellschaftlichen Bewußtsein zu verankern.

Wer Freiheit will, muß auch Freiheit von Drogen wollen.